

# **AfA Baden-Württemberg**

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

**Landesdelegiertenversammlung  
21. November 2009  
Karlsruhe**

**Rede des  
AfA-Landesvorsitzenden Udo Lutz**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf mich der Begrüßung von Marion von Wartenberg anschließen und Sie - Euch - heute Morgen ganz herzlich willkommen heißen.

Unser Konferenzmotto „Offensiv aus der Krise“ deckt das ganze Spektrum ab, mit dem wir uns heute beschäftigen wollen. Es geht um die Krise des Finanzmarktes und der Weltwirtschaft, besonders ihre Auswirkungen in Baden-Württemberg im Bereich der Automobilindustrie.

Ferner werden wir uns natürlich auch mit der neuen Regierung und ihrer krisenverschärfenden Politik auseinandersetzen.

Und zu guter Letzt geht um die Krise in der die SPD nicht erst seit der letzten Wahl steckt.

Am Ende der Konferenz soll eine Struktur für eine arbeitnehmerfreundliche Politik der SPD stehen. Wir wollen und wir müssen als SPD wieder kampagnenfähig werden und die Menschen für unsere Politik begeistern.

Am 27. September 2009 erlitt die SPD eine bittere Niederlage. Besonders bitter für uns als AfA Baden-Württemberg war, dass es nur Josip Juratovic und nicht auch Stefan Rebmann in den Bundestag geschafft hat.

Euch beiden vielen Dank für Euren Einsatz.

Manche fragen sich, wie konnte so etwas passieren. In einer Zeit, die voll ist mit Themen, die auf eine sozialdemokratische Antwort warten.

Es ist richtig: selten war die SPD so wichtig wie heute. Dennoch war die Wahlniederlage eine Niederlage mit Ansage.

Noch nie hat die SPD so viele Wahlen in Folge verloren, noch nie haben so viele engagierte Mitglieder die Partei verlassen wie in den letzten Jahren.

Woran lag es?

Sicher es gibt keine einfache Erklärung, mit der man den Schalter wieder umlegen könnte, und morgen wäre alles wieder gut. Dies ist uns auch bewusst. Trotzdem muss man sich die Zeit für einen kleinen Rückblick nehmen um Antworten zu finden, die uns helfen aus der Krise zu kommen.

Die Wahlniederlage war auch nicht nur das Ergebnis der Regierungspolitik in der Großen Koalition. Sie ist das Ergebnis einer seit längerem anhaltenden deutlichen Erosion der sozialen Gestaltungsfähigkeit der SPD. Das nicht mehr Zusammenbringen ihrer Wertvorstellungen mit aktiver Regierungspolitik.

„Wir müssen den Sozialstaat zukunftssicher machen“, war ein häufig gebrauchter Ausspruch unserer sozialdemokratischen Verantwortlichen.

Wie sah diese Zukunftssicherung aus?

Sie hatte meist wenig sozialdemokratische Inhalte. Sie war meist Kostenbegrenzung für die Arbeitgeber bis hin zur Aushöhlung der paritätischen Finanzierung. Leistungskürzungen, Eigenbeteiligungen, sogenannte Eigenvorsorge waren die Werkzeuge.

Lebensrisiken, die man zuvor gemeinsam getragen hat, wurden privatisiert.

Unser sozialdemokratischer Ansatz: „Wie wollen wir leben? – Was macht eine soziale, gerechte und freie Gesellschaft aus? wurde fast widerspruchlos in „Was können wir uns noch leisten?“ umbenannt.

Der durchaus an einigen Stellen notwendige Veränderungsprozess war nicht begleitet von einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über die Grundwerte, sondern es wurde fast ausschließlich über Kosten diskutiert ohne das Thema Umverteilung anzugehen.

Zwei Beispiele die aus meiner Sicht exemplarisch für die Ursache des Verlusts an Mitgliedern und Wählern der SPD stehen.

1. Beispiel: Die Riesterrente war in Verbindung mit der Absenkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Deckelung der paritätisch finanzierten Beiträge auf max. 22% der erste große Einschnitt.

Auf dem SPD-Landesparteitag in Heilbronn wurde damals die Schaffung eines Kapitalstocks innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Begrenzung der Arbeitgeberbeiträge beschlossen. Leider konnten wir uns auf Bundesebene nicht durchsetzen.

Eine Vorsorge für den demografischen Wandel zu treffen ist richtig. Aber muss ich dazu mit viel Steuermitteln die Versicherungskonzerne subventionieren? Nicht nachzuvollziehen war in diesem Zusammenhang der massive Abbau der Schwankungsreserve. Im Gegenteil: der Aufbau der Schwankungsreserve zu einem größeren Kapitalstock zur Absicherung demografischer Risiken wäre richtig gewesen.

Jedem halbwegs klar denkenden Mitbürger war bewusst, dass es sich hierbei um eine Abkehr von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Rente handelt.

Der erste große Sündenfall war gemacht!

Viele Einkommensschwache können sich den geforderten Eigenbetrag der Riesterrente nicht leisten, obwohl sie eine spätere Leistung dringend benötigen würden. Dies führt zu gravierenden Problemen in der Altersversorgung gerade einkommensschwacher Personen.

Ein gutes Beispiel zwischendurch: Mit der Reform der Betriebsverfassung wurde ein Schritt in Richtung weitere Demokratisierung in den Betrieben und Unternehmen gemacht. Dies erfolgte vor allen durch Verbesserung bei den Freistellungen und den Arbeitsmitteln für den Betriebsrat. Auch die Konkretisierung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gleichstellung waren wichtige Schritte. Leider konnte die betriebliche Mitbestimmung auf Grund des Widerstandes aus dem Arbeitgeberlager nicht so ausgebaut werden wie wir es uns gewünscht hätten.

Trotzdem war es eine gute Reform für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nach 2001 wurde das geflügelte Wort aus der Kohl-Zeit: „Wenn ich Reform höre halte ich erstmal den Geldbeutel fest“, wieder für viele erlebbar.

2. negatives Beispiel: Mit der Agenda-Politik ohne Beteiligung von SPD-Basis und Gewerkschaften entfernte sich die SPD noch weiter von ihren Grundwerten. Auf Parteitage wurde mit Rücktrittsdrohungen die Zustimmung der Delegierten eingefordert.

Eigene Politik wurde als alternativlos dargestellt, jeder parteiinterner Kritiker war ein angeblich ewig Gestriger, der die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat.

Wir als AfA können ein Lied davon singen. Wir haben uns dezidiert mit der Agenda auseinandergesetzt.

Unsere wichtigsten Kritikpunkte waren:

- Die Androhung von betrieblichen Bündnissen
- Die Absenkung der Leistungen und der Dauer beim Arbeitslosengeld I und II
- Sowie die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Es gab fast keinen Kreis in Baden-Württemberg, in dem nicht die AfA auftrat, ihre Bedenken vortrug und Resolutionen beschloss.

Wir trugen gute Argumente vor.

Die Androhung von betrieblichen Bündnissen sind schlichtweg dumm, da es schon immer bessere gewerkschaftliche Regelungen für die in Not geratene Firmen gab.

Einen Arbeitnehmer nach 30 Jahren Arbeit und 12 Monaten Arbeitslosigkeit mit der Sozialhilfe zu konfrontieren ist und bleibt einfach unsozial.

Rente mit 67 ist der falsche Ansatz. Es ist viel besser, die Lücken in den Beschäftigungsbiografien zu füllen. Jedem eine Ausbildung anbieten, die ohne Unterbrechungen in das Arbeitsleben führt. Minijobs abschaffen und nur regulär sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, die auch zu einem qualifizierten Leistungsanspruch führen, zulassen.

Ferner ist eines in der auf maximalen Profit ausgerichteten Wirtschaft für die SPD unverzichtbar: Die Humanisierung der Arbeitswelt zu einem Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. Damit viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so lange wie möglich arbeiten können und nicht die Gewerkschaften, Betriebsräte und Betroffenen bei diesem Thema alleine gelassen werden.

Diese Einschnitte in die soziale Absicherung waren so plakativ und nachvollziehbar, dass sie innerhalb kürzester Zeit eine Angst vor sozialem Abstieg in allen Einkommensstufen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auslöste.

In der Gesundheitspolitik dasselbe Drama. Die 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal waren in keinem Programm verankert oder gar im Vorfeld diskutiert.

Wieder musste die Basis, um ihre Verantwortlichen nicht zu beschädigen, mit starken Bauchschmerzen zustimmen.

Viele kehrten uns den Rücken. Zuerst die Wähler und dann die Mitglieder.

In Gewerkschaftskreisen war diese Politik nicht mehr vermittelbar.

Unsere guten Politikansätze wie: Bürgerversicherung, Beschäftigtenversicherung, Mindestlohn, Ausbau der Mitbestimmung, ... gingen unter oder wurden nicht mit Nachdruck vertreten um die Koalition nicht zu belasten.

Oft wurden Kompromisse der Koalition wie eigene SPD-Politik verteidigt.

Dass CDU/CSU/FDP für die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung beim Arbeitslosengeld 2 verantwortlich waren, ist nicht offensiv nach außen getragen worden.

Trotz aller Schwierigkeiten zeigte dann die Landtagswahl 2008 in Hessen, dass man mit einem klaren Programm und sozialdemokratischen Aussagen gegen den neoliberalen Mainstream Wahlen gewinnen kann.

Leider hatte man den Eindruck, einigen in der SPD waren die Positionen ein Dorn im Auge.

Sicher gab es Fehler bei dem Hin und Her zur Koalitionsaussage. Dies auf dem Rücken der Genossinnen und Genossen in Hessen auszutragen, um sich in Berlin in eine bessere persönliche Ausgangslage zu verschaffen, entspricht nicht unseren Werten wie Solidarität.

Kurt Beck, der das Amt des Vorsitzenden deshalb übernommen hat, weil der Vorgänger erkrankte. In dessen Amtszeit sozialdemokratische Antworten formuliert wurden und der mit dem Hamburger Parteitag der SPD wieder eine Perspektive gab, aus dem Amt heraus zu drängen, war alles andere als Sozialdemokratisch.

Mit der Krise und den schlechten Wahlergebnissen wurde es immer augenscheinlicher, dass neoliberale Politik nicht Aufgabe der SPD sein kann.

Aber es gab auch sehr Erfreuliches: Olaf Scholz als SPD-Arbeitsminister war ein Glücksfall.

Sein Einsatz für Mindestlohn und Altersteilzeit einfach klasse. Sein beherztes Handeln in der Krise, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die kurzfristig möglich gemachten Qualifizierungsmaßnahmen mit der Übernahme der Sozialversicherungskosten hat vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Arbeitsplatz erhalten.

Ich bin überzeugt, ohne Olaf wären die Arbeitslosenzahlen heute viel höher. Er war im Wahlkampf auch ein Türöffner bei Betriebsräten und Gewerkschaftern, die eigentlich die SPD schon abgeschrieben hatten.

Die AfA in Baden –Württemberg machte einiges.

Auf Bundesebene gab es ein Betriebsrätegespräch mit Kurt Beck am 30. Mai 2008.

Auf Landesebene führten wir Gespräche mit unserer Landesvorsitzenden, Ute Vogt und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel.

Zu den Landesparteitagen stellten wir als AfA Anträge.

Wir haben den Antrag „Gute Arbeit“ mit gestaltet. Er entspricht unseren Vorstellungen mit Ausnahme der Rente mit 67.

Schwerpunkte waren: Verlängerung der Altersteilzeit, Verbesserung der Leiharbeit, Schutz vor Repressalien bei der Durchführung von Betriebsratswahlen sowie bei der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit, Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, ...

Zu allen Wahlen wurde ein Arbeitnehmernauftrag erstellt, beziehungsweise die Aufrufe auf Bundesebene miterstellt und unterstützt.

Bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl in Singen gelang es, neben Josip Juratovic, Stefan Rebmann auf einen aussichtsreichen Platz zu bringen.

Dass es durch das schlechte Wahlergebnis nicht reichte, ist sehr bedauerlich.

Eine Politik für Arbeitnehmer muss auch durch Personen repräsentiert werden, denen abgenommen wird, dass sie wissen, was sie sagen und tun.

Trotzdem haben es klassische Arbeitnehmer immer schwerer, deshalb werden gute vordere Plätze noch wichtiger.

Ein Schwerpunkt unserer AfA-Arbeit war es, die AfA zu verjüngen und weiße Flecken zu füllen.

Dies konnte zu großen Teilen erfüllt werden.

Es gab Neugründung in Biberach, Wiederbelebung in Stuttgart.

Die Kreis-AfA's leisteten eine super Arbeit. Veranstaltungen, Anträge, Flugblätter, Pressearbeit, AfA-Zeitungen, etc. einfach klasse.

In Mannheim und Stuttgart versuchen wir eine Regionsebene aufzubauen. Dies ist sinnvoll, da die Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik regional gestaltet wird. Für die Stuttgarter Region werden sicher die Veränderungen im Automobilcluster ein interessantes Thema sein.

Für uns als AfA-Landesvorstand wird neben dem Kampf für unsere politischen Positionen auch die Frage der Kommunikation anstehen.

Wie bekommen es die Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaft und in den Betrieben mit, dass es eine AfA gibt. Wo sind die Termine und Treffpunkte, was sind die Positionen.

Wenn morgens ein für uns relevanter Antrag im Bundestag oder im Landtag eingebracht wird, muss er nachmittags auf unserer Homepage stehen.

Genauso muss es auf unserer Homepage eine Verlinkung zu allen wichtigen Arbeitnehmerdaten und Gesetze geben.

Bei aller intern so notwendigen Positionierung wissen wir, wer unser eigentlicher Gegner ist.

Merkel und Westerwelle haben klar ausgesprochen, was sie wollen. Mitbestimmung, paritätisch finanzierte Sozialversicherungen sollen geschliffen werden.

Die geplante und vorskizzierte Steuerreform von Schwarz/Gelb ist pure Umverteilung von unten nach oben.

Schwarz/Gelb ist für uns keine bürgerliche Mehrheit. Die SPD hat in ihrer Geschichte mehr als alle anderen Parteien im Bundestag die Bürgerrechte verteidigt. Mache unserer Genossinnen und Genossen haben dafür mit dem Leben bezahlt. Deshalb ist Schwarz/Gelb keine bürgerliche Koalition, sondern nur die Koalition der Umverteilung!

Auch der vermeintliche Einsatz für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz der FDP vernebelt uns nicht die Augen, zu erkennen, dass Arbeitnehmerrechte bei der FDP in schlechten Händen sind.

Die geplanten Verschlechterungen und die schamlose Umverteilung werden wir nicht hinnehmen. Ich gehe davon aus, dass wir spätestens im Frühjahr zusammen mit den Gewerkschaften einen heißen Frühling organisieren müssen.

Dazu müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen.

Jetzt möchte ich Euch nicht zu lange strapazieren.

Im gedruckten Rechenschaftsbericht kann man vieles vertieft nachlesen. Ich hoffe, wir haben heute eine gute und spannende Diskussion um Inhalte, Positionen und Personen.

Es bleibt mir noch, Euch allen zu danken!

Für den Einsatz und die Bereitschaft zur Mitarbeit.

Ihr hättet es verdient, alle persönlich genannt zu werden, leider würde es den Rahmen sprengen. Aber bitte erlaubt mir trotzdem Marion von Wartenberg, Lillo Chianta und Gudrun Igel-Mann persönlich zu erwähnen.

Der Dank geht auch an die Gewerkschaften, die uns immer unterstützt haben.

Wir kämpfen weiter für eine Politik zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land und Bund.

Vielen Dank für Alles!

Glück auf!